

*Offener Brief
an die künftige Bundesregierung*

Köln, im September 2017

Für eine Rückbesinnung auf eine Politik der sozialen Ordnung

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Deutschland ist wirtschaftlich erfolgreich. Wir erleben immer neue Beschäftigungsrekorde. Breite Bevölkerungsschichten profitieren davon. Unser Gemeinwesen ist stabil und leistungsfähig. Die Zivilgesellschaft ist weit weniger anfällig für Fundamentalismus als in anderen Ländern und hat in der Flüchtlingskrise das sie prägende ehrenamtliche Engagement erneut unter Beweis gestellt. Unserer mittelständischen Struktur mit gelebter Sozial- und Tarifpartnerschaft gelingt es, auch schwierigste Herausforderungen zu meistern. Die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist dafür ein beredtes Beispiel. Eines der weltweit umfangreichsten Sozialsysteme schützt umfassend vor Unwägbarkeiten, gerade wenn der Einzelne in Notlagen gerät.

Doch wir gefährden dieses Erfolgsmodell durch eine zunehmend konsumptive an Stelle einer ordnenden Sozialpolitik. Hier läuft etwas grundlegend falsch in der deutschen Sozialpolitik. Sie senkt die Leistungs- und Anpassungsfähigkeit unseres Erfolgsmodells, höhlt schleichend seine Legitimation aus und leistet so Populismus Vorschub.

- Wir fordern soziale Gerechtigkeit – und verschärfen laufend die Lastenverschiebung auf nachfolgende Generationen gerade in den Beitragssystemen. Wer ist Anwalt und ehrlicher Makler unserer Kinder und Enkel bei politischen Entscheidungen?
- Wir diskutieren – teilweise unverantwortlich Ängste schürend – über Armutsgefährdung im Alter, von der erfreulicherweise auch künftig nur eine Minderheit bedroht ist – und uns fehlen überzeugende Konzepte, die viel größere Gruppe Geringqualifizierter nachhaltig am Erwerbsleben teilhaben und so zugleich für ihr Alter vorsorgen zu lassen.
- In Deutschland wird Bildungsausschluss immer noch zu oft intergenerativ vererbt und untergräbt so das Wohlstandsversprechen einer offenen Bürgergesellschaft. Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung darf nicht nur in Sonntagsreden stattfinden, sondern muss durch konkretes politisches Handeln mit Leben gefüllt werden. Andernfalls droht sich das Bildungssystem von den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu entfernen.
- Wir wundern uns über den Zulauf von Populisten – aber gaukeln selbst schnelle und einfache Scheinlösungen vor, statt um ehrliche und langfristige Antworten auf zwei-

ellos immer komplexere Probleme zu ringen. Politik darf aber nicht zu Entertainment verkommen, getrieben von Talkshow-Einschaltquoten oder Twitter-Likes. Debatten gehören zurück ins Parlament, wo um Sachargumente gerungen werden muss.

Dabei sind Ernsthaftigkeit und Nachdenklichkeit im Wortsinn sowie die ehrliche Benennung von Problemen und die transparente Auseinandersetzung mit Lösungen gefordert. Wir haben keine Lust mehr auf durchsichtige Klientelpolitik oder ideologische Grabenkämpfe um ihrer selbst willen. Wir sind es leid, dass die eigentlichen Herausforderungen durch den demographischen Wandel sowie durch die digitale Revolution in Arbeitswelt und Plattform-Ökonomisierung ausgesessen oder negiert werden, statt rechtzeitig die Chance zu nutzen, sie aktiv zu gestalten.

Rückbesinnung auf grundlegende Leitlinien

Gerade die Sozialpolitik braucht eine Rückbesinnung auf grundlegende, für eine breite Mehrheit der Bevölkerung konsensfähige Leitlinien. Die Katholische Soziallehre hält mit ihren Grundprinzipien eine solche normative Orientierung bereit, die auch außerhalb des konfessionellen Kontextes Anerkennung findet. Ihre Tradition steht ihrer Aktualität nicht im Wege. Als Bund Katholischer Unternehmer wollen wir sie in Erinnerung rufen. Wir appellieren an die künftige Bundesregierung, diese Grundpfeiler unseres christlichen Menschenbildes wieder zur Richtschnur politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Diskurse zu machen.

Personalität ist dabei erstes Prinzip, als Leitbild für das Handeln jedes Einzelnen, aber auch als durchgehende Richtschnur für gesellschaftliche Strukturbildung. Daraus resultiert eine **Solidaritätspflicht**. **Subsidiarität** schließlich ist das wichtigste Organisationsprinzip.

Das **Solidaritätsprinzip** verlangt, dass niemand, der sich nicht mehr zu helfen vermag, sich selbst überlassen wird. Jeder Einzelne in unserer Gesellschaft muss in Würde leben können. Die materiellen Voraussetzungen dafür schafft insbesondere die soziale Grundsicherung.

Wer geben will, muss vorher nehmen. Das gilt gerade auch für den Sozialstaat. Die Bereitschaft des Einzelnen, die Solidarität der Gemeinschaft nur in angemessenem Umfang in Anspruch zu nehmen, ist Kehrseite des Solidaritätsprinzips. Solidarität muss auf Gegenseitigkeit beruhen, damit sie funktioniert und damit ihre Legitimation nicht erodiert.

Dies entspricht zugleich dem **Subsidiaritätsprinzip**. Es besagt, dass jede einzelne Person und die jeweils kleinere gesellschaftliche Einheit das Recht, aber auch die Pflicht hat, all das selbst zu tun, was in ihren Kräften steht. Das Subsidiaritätsprinzip gibt nicht nur Orientierung für staatliche Umverteilungspolitik oder die künftige Ausrichtung der EU. Es verpflichtet auch zur Eigenverantwortung. Statt schleichend zum Paternalismus zu verlocken muss Politik deshalb endlich wieder die Mündigkeit der Bürger ins Zentrum rücken. Dabei kommt dem Bildungswesen eine hohe, wenn nicht die entscheidende Bedeutung zu. Bildung muss ohne Stigmatisierung oder Diskriminierung gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen und so Ausdruck von Befähigungsgerechtigkeit sein.

In ihr verwirklicht sich dann das **Personalitätsprinzip** der Katholischen Soziallehre, in dem die Ganzheitlichkeit des Menschen zum Ausdruck kommt. Als Ebenbild Gottes ist er von Na-

tur aus mit Vernunft und Willensfreiheit ausgestattet und berufen zu einer eigenverantwortlichen Gestaltung seines Lebens.

Gerade viele Unternehmerinnen und Unternehmer treibt dies an, nicht das vermeintliche Gewinnstreben. Unter hohem persönlichen Einsatz und Risiko schaffen sie Arbeits- und Ausbildungsplätze und erwirtschaften zusammen mit ihren Mitarbeitern tagtäglich die Wohlstands- und Sozialstaatsbasis hierzulande. Die für Deutschland prägenden Familienunternehmer in Mittelstand und Handwerk, aber auch unzählige Führungskräfte in der gesamten Wirtschaft denken in Generationen statt in Quartalsberichten, engagieren sich vielfältig bürgerschaftlich vor Ort und stabilisieren ländliche Räume. Viel zu selten wird anerkannt, dass sie - diesen drei Prinzipien folgend - nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Gesellschaftspfeiler sind. Neben den Familien sind die Betriebe wichtige Keimzellen sozialen Zusammenlebens. Soziale Ordnungspolitik muss diesen kleinen Einheiten wieder stärker Rechnung tragen, denn sie sorgen für Stabilität und sozialen Zusammenhalt in unserem Gemeinwesen.

Konkrete Erwartungen an die Regierungspolitik

Was bedeuten eine Rückbesinnung auf eine Politik der sozialen Ordnung und eine Orientierung an diesen normativen Leitlinien konkret für unsere Erwartungen an die künftige Regierungspolitik? Vorweg: Sie bedeuten nicht, dass wir uns aktuellen Herausforderungen verschließen. Wirtschaft N.E.U. denken heißt das Jahresthema unseres Bundes Katholischer Unternehmer. Grundlegende Veränderungen, die sich in unserer Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen haben und noch vollziehen, erfordern ein grundsätzliches Überdenken des bisherigen Verständnisses von Wirtschaft. Das ist uns bewusst. Wir arbeiten an Strategien, damit umzugehen. Doch gerade beim Umgang mit neuem sollte man grundlegende Werte nicht aus den Augen verlieren.

Unsere Kernforderungen:

- **Bildung** schafft für den Einzelnen Chancen auf Beschäftigung, sichert die Fachkräfte von morgen, ist die beste Altersvorsorge und garantiert soziale Teilhabe. Wir brauchen noch bessere Bildung von der Kita bis zur Berufsschule. Kein Jugendlicher sollte ohne Abschluss sein. Gerade die Berufliche Bildung muss einen höheren Stellenwert erhalten. Digitalisierung und technologischer Wandel erfordern mehr denn je eine starke MINT-Bildung. Mehr Berufsorientierung in den Schulen ist von Nöten. Doch bei allen staatlichen Bildungsbemühungen bleiben Eltern in der Pflicht durch gute Erziehung in der Familie die nötigen Bildungsgrundlagen zu schaffen.
- Der **Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit** muss vordringliches Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein. Königsweg sind individuelle Qualifizierung und Unterstützung, um psychosoziale Einstiegshürden besser zu bekämpfen, nicht öffentlich geförderte Beschäftigung: Arbeitsmarktintegration statt ‚erlernter Hilflosigkeit‘.
- Hohe Lohnzusatzkosten und eine Zunahme des **Steuer- und Abgabenkeils** mindern Leistungsanreize und erschweren gerade Schwächeren den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Hier ist ein Umsteuern nötig Der BKU hat dazu mit seinem Modell eines „Aktivierenden Grundeinkommens“ einen konkreten Baustein vorgelegt.

- Die langfristige Fachkräftesicherung wird ohne **gesteuerte Zuwanderung** Qualifizierter aus Drittstaaten nicht auskommen. Wir brauchen ein mittelstandsfreundliches Einwanderungsregime, das beruflich qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt sowie ausländischen jungen Menschen zu einer dualen Ausbildung in Deutschland erleichtert. Gesteuerte Zuwanderung ist dabei jedoch in der Verantwortung, einen Brain-Drain in den Herkunftsländern zu vermeiden.
- **Humanitäre Flüchtlingspolitik**, die vor dem Hintergrund des Solidaritätsprinzips ebenfalls geboten ist, ist von gesteuerter Zuwanderung klar zu trennen. Für ihr Gelingen brauchen wir bei der Flüchtlingsintegration einen langen Atem, vor allem aber Akzeptanz und Zusammenhalt in der Gesellschaft.
- Eine schrumpfende Erwerbsbevölkerung verpflichtet dazu, die **sozialen Sicherungssysteme** nachhaltig und solide zu gestalten. Die Sozialbeiträge müssen weiter unter 40 Prozent gehalten werden, um Wachstum und Beschäftigung nicht zu gefährden. Wünsche nach Leistungsausweitungen sollten stets mit Vorschlägen für Kosteneinsparungen in gleicher Höhe einhergehen.
- Die beschlossenen Strukturreformen in der **Rentenversicherung** dürfen nicht verwässert werden. Fehler wie die Rente mit 63 sind zu korrigieren, gesamtgesellschaftliche Aufgaben über Steuern und nicht über Beiträge zu finanzieren. Wir brauchen mehr Anreize für längeres Arbeiten und eine Kopplung der Regelaltersgrenze an die steigende Lebenserwartung.
- Die gegenwärtige starre Rentenzugangsregelung ist Abbild einer längst vergangenen Industriegesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Eine Freigabe unter Schaffung anreizkompatibler Renten- und Sozialversicherungslösungen auch für neue Beschäftigungsformen der **Arbeitswelt 4.0** wäre eine ehrliche Anerkennung der gewandelten Bedingungen des 21. Jahrhunderts.
- Eine Koppelung von Rentenansprüchen an die Erziehung von Kindern ist grundsätzlich der richtige Weg, den zu Grunde liegenden Drei-Generationen-Vertrag zwischen Rentnern, Erwerbstätigen und Kindern als künftigen Erwerbstätigen abzubilden und ein demografisch stabiles, gerechtes Alterssicherungssystem zu schaffen. Sie erkennt den generativen Beitrag der Eltern zum Fortbestand des Generationenvertrages an und ermöglicht eine automatische Anpassung an demografische Verschiebungen, da die Rentenansprüche durch Beitragszahlung entsprechend geringer ausfallen. In ihrem derzeitigen Umfang geht die Anerkennung der **Kindererziehungszeiten** nicht weit genug und schafft Gerechtigkeitsprobleme.
- Die beste **Vorsorge gegen Altersarmut** sind berufliche Qualifikation und eine durchgängige Erwerbsbiographie. Dafür sind eine klug verzahnte Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik gefordert. Die auf dem Äquivalenzprinzip aufbauende gesetzliche Rentenversicherung eignet sich nicht für solidarische Leistungen an Geringverdiener. Die-

se steuerfinanzierten Leistungen müssen sich an der Bedürftigkeit orientieren – nicht allein an der Rentenhöhe.

- Für **Selbstständige** ist eine Altersvorsorgepflicht erforderlich, die jedoch mit Wahlfreiheit bei der Durchführung (gesetzlich oder privat) und Regelungen für Existenzgründer verbunden sein muss. Auch hierzu hat der BKU in der vergangenen Legislaturperiode einen konkreten Vorschlag unterbreitet.
- Eine ehrliche und transparente soziale Ordnungspolitik muss für **klare Preisschilder im Sozialstaat** sorgen und so das Eigeninteresse an einer sparsamen Nutzung der solidarischen Leistungen stärken. Dies gilt besonders für die implizite Verschuldung zu Lasten künftiger Generationen in den umlagefinanzierten Sozialsystemen. Das dämpft die Ausgabendynamik, fördert die Zielgenauigkeit und lässt die Bürger den Wert, aber auch die Kosten erkennen.
- Hindernisse in der **Unternehmensnachfolge** sind zu beseitigen. Eine Erleichterung von Mitarbeiter-Beteiligungen und Genossenschaftsmodellen kann hierfür frühzeitig Weichen stellen.
- Das duale System aus gesetzlicher und privater **Krankenversicherung** hat sich bewährt. Es wäre verantwortungslos, die private Krankenversicherung als einzige nachhaltig finanzierte Säule unseres Gesundheitssystems zu schwächen oder gar zugunsten einer umlagefinanzierten Bürgerversicherung abzuschaffen. In der Folge wären steigende Lasten für künftige Generationen und gravierende Einbußen auf der Leistungsseite zu erwarten.
- Ähnliches gilt für die **Pflegeversicherung**. Auch in der umlagefinanzierten gesetzlichen Pflegeversicherung ist die langfristige Finanzierung angesichts der demografischen Entwicklung gefährdet. Hier sind ehrliche Bekenntnisse zum „Teilkasko-Charakter“ und der Notwendigkeit einer Begrenzung der Leistungen auf ein Mindestmaß erforderlich. Mehr kann das umlagefinanzierte System demografiebedingt nicht leisten, hier ist ergänzende private Vorsorge erforderlich. Zum Handlungsbedarf in der Pflege hat der BKU ein umfassendes Impulspapier vorgelegt.
- Diese Sammlung thematisiert auch die Notwendigkeit eines konsequenten Bürokratieabbaus im Pflegesektor unter Wahrung der Qualitätssicherung. Es ist dramatisch, wenn Pflegepersonal ein Viertel seiner Zeit für Bürokratie und Dokumentation aufwenden muss – Zeit, die ihnen im Umgang mit den Menschen fehlt.
- Auch für die **europäische Ebene** müssen wir uns vom Grundsatz sozialer Ordnungspolitik leiten lassen. Der von manchen befeuerte Trend zu einer europäischen Umverteilungsgemeinschaft widerspricht der Subsidiarität und dem Wunsch eines Großteils der Bürger. Fehlanreize in den betroffenen Ländern wären die Folge und würden notwendige Reformen verzögern. In der Sozialpolitik können einheitliche europäische Lösungen spezifischen nationalen Problemen kaum Rechnung tragen. Die diskutierte europäische Arbeitslosenversicherung beispielsweise würde die nationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit gar nicht bekämpfen. Die anhaltende Beschäftigungskrise Jugendlicher in Südeuropa bedroht die europäische Idee; gemeinsame Lösungen müssen den

Aufbau nachhaltiger Ausbildungssysteme und Verbesserungen der Investitionsbedingungen unterstützen.

- Die politisch geduldete **Null- bzw. Negativzinspolitik der EZB** schadet der privaten Vermögensbildung und der kapitalgedeckten Altersvorsorge nachhaltig. Auch hier ist die Rückbesinnung auf mehr Subsidiarität geboten.
- Unter Wahrung der **Tarifautonomie** ist die tarifliche Ordnung gerade in mittelständisch geprägten Branchen zu stärken. Der gesetzliche Mindestlohn bleibt ein Eingriff in die Tarifautonomie. Er stellt eine untere rote Linie dar und darf nicht in ein Living-Wage-Konzept umgedeutet werden. Branchenlösungen ist stets der Vorzug zu geben. Mindestlohnbürokratie muss abgebaut werden.
- Das deutsche **Arbeitsrecht** gilt als eines der starrsten und kompliziertesten in Europa. Mittelständische Betriebe brauchen einen zeitgemäßen, beschäftigungsfreundlichen, praxistauglichen und agilen Rechtsrahmen, der eine erfolgreiche Partnerschaft von Betrieb und Beschäftigten ermöglicht. Flexibilität schafft Sicherheit. Vor allem das Arbeitszeitgesetz muss an die Digitalisierung angepasst werden.
- Der rasante **digitale Wandel** der Wirtschaft muss ordnungspolitisch gestaltet und bildungspolitisch aktiv begleitet werden. Erfolgreiche Transformation ist die beste Vorsorge vor disruptiven Verwerfungen. Der Mittelstand braucht eine flächendeckende Breitband-Infrastruktur im Gigabit-Bereich. Eine Vernachlässigung des ländlichen Raumes wäre dabei wirtschafts-, aber auch verteilungspolitisch unverantwortlich.
- Auch in der **Plattformökonomie** muss ein fairer Wettbewerb gerade für kleine und mittlere Unternehmen im Hinblick auf Plattformzugang, Verbraucherschutz und das weitere Regelungsumfeld (z.B. Arbeitszeitflexibilisierung) sichergestellt werden. Erforderlich sind ein gesetzlicher Ordnungsrahmen sowie ein Datenrechtsrahmen in Bezug auf Zugang zu und Nutzung von geschäftsmodellrelevanten Daten. Wir brauchen Lösungen im Umgang mit digitalen Monopolen und marktmächtigen Unternehmen.

Der BKU

Dem 1949 gegründeten BKU gehören rund 1 200 Inhaber-Unternehmer, Selbständige und leitende Angestellte an. Der BKU ist in 36 Diözesangruppen gegliedert. In seinen Arbeitskreisen entstehen innovative Konzepte zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum Führen mit Werten. Der Verband sieht sich als Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Kirche und Politik. Dieses Schreiben entstand im Arbeitskreis Soziale Ordnung des BKU. Die im Text erwähnten Publikationen erhalten Sie zum Download auf www.bku.de oder auf Nachfrage in der BKU-Geschäftsstelle.

Ihre Rückfragen beantwortet BKU-Referentin Dr. Vera Bünnagel, Tel. 0221/27237-66.

Herausgeber: Marie-Luise Dött, MdB, Vorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer e.V., Tel. 0221/27237-0.